



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause,**
Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/1807

Rückgabe von Raubkunst

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, Provenienzforschung und Restitution von Raubkunst auch außerhalb staatlicher Häuser im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zu fördern und die Förderung nichtstaatlicher Museen bzw. Sammlungen davon abhängig zu machen, dass erkennbare Anstrengungen zur Umsetzung der Prinzipien der Washingtoner Erklärung unter-
nommen werden und dem Fördergeber regelmä-
ßig dazu berichtet wird.“

Berichterstatlerin: **Verena Osgyan**
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissen-
schaft und Kunst federführend zugewiesen.
Der Ausschuss hat eine 1. und 2. Beratung
durchgeführt.
Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-
fragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag
in seiner 30. Sitzung am 20. Mai 2015 in einer
1. Beratung behandelt und einstimmig in
folgender Fassung Zustimmung empfohlen:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, Prove-
nienzforschung und Restitution von Raubkunst
auch außerhalb staatlicher Häuser besser zu
fördern und dabei

- weiterhin die kommunalen Museen ideell wie
finanziell zu unterstützen, die Prinzipien der
Washingtoner Erklärung zur Rückgabe NS-
verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts
einzuhalten;

- Förderkriterien zu entwickeln, die das Enga-
gement des Freistaats Bayern von dem Be-
kenntnis zur Washingtoner Erklärung und
entsprechenden Anstrengungen in Bezie-
hung setzen.“

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-
fragen hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am
9. Juni 2015 mitberaten und einstimmig
der Beschlussempfehlung des federführenden
Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe,
dass das Wort „besser“ durch die Worte „auch
weiterhin im Rahmen vorhandener Stellen und
Mittel“ ersetzt wird.
4. Der federführende Ausschuss hat den Antrag
in seiner 35. Sitzung am 14. Oktober 2015 in
einer **2. Beratung** behandelt und unter Be-
rücksichtigung der Stellungnahme des Aus-
schusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
einstimmig zu der in I. enthaltenen Fas-
sung Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender